

17.03.2011

FWG: Münzenberger Schüler sind nun die Leidtragenden.

Die Freien Wähler aus Münzenberg fordern freie Schulwahl und volle Kostenerstattung der Fahrtkosten für die Schüler der Stadt Münzenberg. Nachdem der Weg frei gemacht wurde für eine IGS in Butzbach, und dafür Kirch-Göns „auslaufen“ wird, kann es nicht sein, dass nun die Eltern noch für die Fahrtkosten der dort letzten verbliebenen Klassen belastet werden sollen. Hier fordern wir Vertrauensschutz und eine Übergangsregelung für die volle Kostenübernahme und zwar bis zum letzten Schuljahr. Schon im letzten Jahr wurden Münzenberger Schüler bestraft, als man vom Kreis im Rahmen der Schul-lenkungsmaßnahme von der VGO die Fahrmöglichkeiten in die Gießener Schulen einfach gestrichen hat.

Die schulpolitische Sprecherin der FWG/UWG-Kreistagsfraktion Irmtraud Köhler betonte: „Es kann nicht sein, dass schulpolitische Weichenstellungen, egal ob durch Kreis oder Land verursacht, dazu führen, dass die Bestandsklassen schlechter behandelt werden, als die Schüler an anderen Standorten, die sich nicht neu orientieren müssen“.

Auch in Hinblick der weiteren KGS in Wölfersheim, der einzigen G 9 Schule im Umkreis, fordern wir für die Gambacher Schüler die volle Kostenübernahme. Es kann nicht sein, dass der eine Stadtteil die Kosten voll übernommen bekommt und der andere dazu bezahlen soll. Ein gesunder Wettbewerb unter den Schulen und das Ziel, Klassenverbände zusammen zu halten wird hiermit verhindert. Es kann nicht sein, dass finanziell gut gestellte Eltern eine freie Schulwahl haben, weil diese die höheren Buskosten tragen können. Wir fordern hierzu vom Wetteraukreis eine gerechtere Regelung, so Berg.

Der stellvertretende Kreisvorsitzende der Freien Wähler Wetterau und Vorsitzende der Freien Wähler Münzenberg zog abschließend das Fazit: „Wenn hier der Wetterauer Schuldezernent von den Grünen nicht umgehend eine entsprechende Regelung erlässt, die einen angemessenen Übergang für die neuen Zuordnungen in den Schulbezirk Butzbach schafft, dann führt dies zu Ungerechtigkeiten bei den betroffenen Schülern. Diejenigen, die in der bisherigen Regelschule verbleiben, müssen die Beförderungskosten genauso erstattet bekommen, wie diejenigen, die sich an den neuen Zuordnungen orientieren. Ohne die schnelle Regelung wird der Schulkampf im Butzbach nie enden!“

Spitzenkandidat Spamer ergänzte: „Nicht die VGO, wie geschehen, muss hier handeln und informieren, sondern der grüne Schuldezernent und sein Dienststellenleiter Landrat Arnold.“